

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

POSTVERLAGSORT BONN

Nr. 45 · 11. JAHRGANG

BONN · 7. NOV. 1957

Norstad: NATO unersetzbar

NATO-Oberbefehlshaber: Verteidigung Europas darf nicht preisgegeben werden

Das System eines „Sicherheitspaktes“ oder ein neutraler Gürtel in Europa kann nicht den Schutz der freien Völker vor einer Bedrohung aus dem Osten garantieren. Dies hat der Oberbefehlshaber der NATO, General Norstad, vor einiger Zeit in einem Fernsehinterview betont. Er unterstrich die Bedeutung des deutschen Beitrages an der gemeinsamen Verteidigung und die Notwendigkeit zur Stärkung des atlantischen Bündnisses. Die NATO werde innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre über die nötige Stärke verfügen.

Hier das Interview:

Frage: „Wann wird die NATO die geplanten 30 Divisionen erhalten, um dem NATO-Schild größte Wirksamkeit zu verleihen?“

General Norstad: „Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben, denn die Antwort heißt im wesentlichen: sobald Deutschland die eingegangene Verpflichtung erfüllt, und ich freue mich sagen zu

Die Hörer der amerikanischen Fernsehstationen WMAL-TV, eines Fernsehsenders in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington, und des ABC-Fernsehnetzes, dessen Programm in weiten Teilen der USA ausgestrahlt wird, sahen das Interview mit General Norstad am 15. September. Es war in Paris aufgenommen worden und bildete den Teil eines Gespräches von jungen amerikanischen Besuchern mit dem NATO-Oberbefehlshaber.

können, daß dort jetzt sehr große Fortschritte in dieser Beziehung gemacht werden, so daß ich erwarte, diese 30 Divisionen in den nächsten zwei bis drei Jahren zu bekommen; diese Zahl gilt für den Mittelabschnitt, d. h. das eigentliche Festland.“

Frage: „Herr General, es wurden verschiedene Vorschläge zur Schaffung eines neutralen Gürtels in Europa gemacht, entweder Deutschland, Ost- und Westdeutschland, oder Rückzug aus Westeuropa als Gegenleistung für einen so-

wjetischen Rückzug aus den Satellitenstaaten. Können Sie uns Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen erläutern?“

General Norstad: „Der Maßstab, an dem all diese Vorschläge gemessen werden müssen, ist, ob uns dies wirkliche Sicherheit bietet, und ich bin gerne bereit, — ja ich glaube, daß jedes Abkommen, um überhaupt wirksam sein zu können, auch der anderen Seite gleiche Sicherheit bieten muß, aber diese Vorschläge, z. B. der Vorschlag, daß wir amerikanische, kanadische, britische und kontinentale Streitkräfte in Europa verringern, aus Europa zurückziehen — und die Russen sich aus den Satellitenstaaten zurückziehen — hält er diesem Maßstab stand?“

Die Antwort lautet kategorisch „Nein“, und zwar aus folgendem Grund: Die anderen ziehen sich also so weit zurück; wie lange brauchen sie, um wieder zurückzukommen? Wie lange? Einige können innerhalb von Stunden zurückkommen, alle können innerhalb von Tagen zurückkommen. Wenn man nun diese absolut lebenswichtigen, militärisch und politisch lebenswichtigen amerikanischen, britischen und kanadischen Streitkräfte aus dem Kontinent zurückzieht, wie lange brauchen sie, um zurückzukommen? Ich glaube, Sie können diese Frage vom amerikanischen Standpunkt beantworten. Sie werden nie zurückkommen — sie werden nie zurückkommen. Man gibt also praktisch die Verteidigung Europas preis, ohne als Gegenleistung überhaupt etwas dafür zu bekommen.“

Frage: „Und wenn der Rückzug nur nach England und Spanien führte?“

General Norstad: „Dann träte trotzdem derselbe allgemeine Einwand zu. Zunächst bezweifle ich, ob es auf dieser

Grundlage vom praktischen militärischen Standpunkt aus möglich wäre. Aber selbst dann bliebe derselbe Gedanke wahr, wenn auch vielleicht in einem geringeren Umfange. Wir würden unsere Sicherheit aus der Hand geben, ohne dafür ein gleiches Maß von Sicherheit zu erhalten.

Ich bin für alles, was uns Sicherheit gewährt und ich bin bereit, nach Möglichkeit auch der anderen Seite die gleiche Sicherheit zu bieten. Ich glaube, mehr kann man nicht verlangen; einen großen Teil unserer Verteidigung und Schlagkraft, unserer Sicherheit aber für nichts aus der Hand zu geben — das scheint mir doch ein schlechtes Geschäft zu sein.“

Täglich ein Dorf

Die Bundesrepublik wird in diesem Jahr etwa 300 000 Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet und 100 000 Aussiedler aus Polen und anderen Ostblockstaaten aufnehmen. Das entspricht täglich der Bevölkerung eines großen Dorfes. Von jeweils 100 Flüchtlingen sind nach Feststellung des Vertriebenenministeriums 50 jünger als 24 Jahre. Etwa die Hälfte dieser Jüngeren sind Alleinstehende, die ohne Familienangehörige die Sowjetzone verlassen.

Vier wurden verhaftet

Nachdem bereits Ende September 1957 ein sowjetzonaler Instrukteur des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) (Sitz Ost-Berlin) im Saarland verhaftet worden war, sind in den letzten Tagen weitere vier aus der sowjetischen Besatzungszone entsandte Instrukteure in Haft genommen worden, die ebenfalls im Auftrag des FDGB in der Bundesrepublik tätig waren. Die Verhafteten hatten den Auftrag, unter dem Vorwand, eine Verständigung der Gewerkschaften zwischen Ost und West herbeizuführen, auf die Arbeiterschaft westdeutscher Betriebe und ihre gewerkschaftliche Organisationen Einfluß zu gewinnen.

Die wahre Rubeloffensive

Propaganda wichtiger als Hilfe - Enttäuschung in Asien

Seit 1955 und 1956 entfaltet der Ostblock unter Führung der Sowjetunion in den nichtkommunistischen Staaten Ostasiens und Afrikas eine rege wirtschaftspolitische Tätigkeit. Entkleidet man sie ihres propagandistischen Beiwerks, dann nimmt sie sich bei weitem bescheidener aus, als heute noch angenommen wird. Vor allem aber ist die Bedeutung jenes Unternehmens, das in der westlichen Welt als „Rubeloffensive“ bezeichnet wird, viel geringer, als im Frühjahr 1955 befürchtet worden war.

Das Wirken des Ostblocks soll keineswegs unterschätzt werden. Es kann aber die Voraussage gewagt werden, daß die Rubeloffensive angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten innerhalb des Ostblocks an Stärke eher abnimmt. Mehr noch als bisher schon wird der Ostblock darauf beschränkt, mal hier mal dort mit Schwerpunkten eine kleine „Rubeloffensive“ zu starten. Immerhin stehen aber einer den Ostblockstaaten bis Ende 1956 gewährten Anleihe summe von rund 5,5 Milliarden Dollar Hilfsversprechen und Anleihen in Asien und Afrika im Werte von 4,5 Milliarden Dollar gegenüber.

Die Satelliten zahlten

Die „Rubeloffensive“ erhielt einen Schlag durch die Ereignisse in Polen und Ungarn. Polen wie Ungarn spielten in der vom Ostblock gemeinsam vorgetragenen Rubeloffensive eine wichtige Rolle. 1955 hatten z. B. die Exporte des gesamten Ostblocks nach Indonesien einen Wert von rund 27,7 Millionen Dollar.

Hier von bestritt allein Polen 12,8 Millionen Dollar, und Ungarn war mit weiteren 2,7 Millionen Dollar beteiligt. Diese beiden, heute durch die politischen Ereignisse und wirtschaftlichen Krisen in ihrer Lieferfähigkeit teilweise lahmgelegten Länder kamen also für weit über die Hälfte aller Ostblockexporte nach Indonesien auf.

Polen lieferte 1955 von den Gesamtexporten des Ostblocks nach Ceylon im Werte von 333 000 Dollar sogar für 302 000 Dollar. Hier ist jetzt Rotchina eingesprungen. Im Falle Burma kam etwa ein Fünftel aller Ostblockexporte (5,07 Millionen Dollar) auf Polens Konto.

Die Lieferungen und Pläne der Rubeloffensive beruhen zu weniger als 40 v. H. auf Leistungen der Sowjetunion selbst. 1955 trugen allein Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn 60 v. H. aller Exportverpflichtungen in das nichtkommunistische Asien. Die Exporte der Sowjetzone sind bisher vor allem in Ägypten und Indien von einer gewissen Bedeutung, ansonsten ist die Exportpflicht der

Zone auf Ostblockländer wie China konzentriert. Zahlen werden nicht bekanntgegeben.

Burma wartet noch

Grundsätzlich ist der Ostblock daran interessiert, Rohstoffe und Nahrungsmittel aus den asiatischen und afrikanischen Ländern zu beziehen. Abseits von allen politischen Zielsetzungen dürfte beim Start der Rubeloffensive die Frage der eigenen Versorgung eine große Rolle gespielt haben.

Als Gegenlieferung sollten Maschinen und Ausrüstungen ebenso dienen wie die Gewährung technischer Hilfe, Gestellung von Fachleuten, Aufbau von Laboratorien, Instituten, Krankenhäusern, Schulen usw. Nun werden die Maschinen im Ostblock selbst aber großenteils benötigt. Das führte bereits zu schweren Enttäuschungen in Asien: In Burma hatten Bulganin und Chruschtschow bei ihrem Besuch umfangreiche Versprechungen gegeben: Kauf von jährlich 400 000 Tonnen burmanischem Reis gegen Lieferung von Investitionsgütern, Bau und Einrichtung eines technischen Instituts, Bau eines Sportstadions und eines Krankenhauses. Von alledem ist bisher nichts eingetroffen. Ähnlich entwickelte sich der Handel Indonesiens mit dem Ostblock. Mit Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetzone Deutschlands, Rumänien und Ungarn ergab sich 1955 ein Defizit von 27 Millionen Dollar.

Stipendien sind billiger

In der sowjetischen Politik der wirtschaftlichen Durchdringung Asiens und Afrikas dürfte sich immer mehr die Linie durchsetzen, das Hauptgewicht auf technische Beratung, Bereitstellung von Stipendien für asiatische Studenten und wissenschaftliche Hilfe zu legen. Die Häufung vieler kleiner Maßnahmen verfehlt schon heute ihren Eindruck nicht.

„... nicht der geringste Zwang“

Dokument zum Jubiläum der russischen Oktoberrevolution

Unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution nahm der „II. Allrussische Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten“ ein „Dekret über den Frieden“ an. Angesichts der Ereignisse in den Satellitenländern ist dieser Aufruf, vor allem in Ungarn, Polen und der Sowjetzone sehr aktuell.

Es heißt in dem vor vierzig Jahren beschlossenen und heute erneut veröffentlichten Dekret wörtlich:

„Wenn irgendeine Nation in den Grenzen des gegebenen Staates mit Gewalt festgehalten wird, wenn entgegen dem ihrerseits zum Ausdruck gebrachten Wunsch — einerlei ob dieser Wunsch in der Presse, in Volksversammlungen, in Beschlüssen von Parteien oder durch Aufruhr und Aufstände gegen die nationale Unterdrückung zum Ausdruck gebracht wurde — ihr nicht das Recht eingeräumt wird, die Frage der Formen der staatlichen Existenz dieser Nation durch freie Abstimmung zu entscheiden, wobei die Truppen der den Anschluß verübenden oder überhaupt stärkeren Nation völlig abgezogen werden und nicht der geringste Zwang ausgeübt wird, so ist der Anschluß dieser Nation eine Annexion, d. h. die Eroberung und Vergewaltigung.

Unter Annexion oder Eroberung fremder Gebiete versteht die Regierung entsprechend dem Rechtsbewußtsein der De-

mokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen jeden Anschluß einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft eindeutig, klar und freiwillig ihren Wunsch hierzu und ihr Einverständnis damit zum Ausdruck gebracht hätte, unabhängig davon, wann dieser gewaltsame Anschluß erfolgte, auch unabhängig davon, wie fortgeschritten oder zurückgeblieben die mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt in den Grenzen des gegebenen Staates festgehaltene Nation ist und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in den fernen Überseeeländern lebt.“

Damit sind eindeutig „Eroberung und Vergewaltigung“ abgelehnt. Dieser Aufruf wurde jetzt, zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution, in der von der sowjetischen Botschaft in Bonn herausgegebenen Zeitschrift „Die Sowjetunion heute“, Nr. 31/32 vom 7. November 1957, veröffentlicht.

Wer ist Malinowski?

Der Nachfolger Schukows auf dem Posten des sowjetischen Verteidigungsministers ist als Soldat groß geworden. Politik spielte in seinem Leben bisher offenbar keine große Rolle. Rodion K. Malinowski wurde 1898 als Proletarierkind in Odessa geboren. Im ersten Weltkrieg kämpft er als Kriegsfreiwilliger mit dem russischen Expeditionskorps in Frankreich. 1917 wird der junge Korporal zum Vorsitzenden eines Regiments-Soldatenrates gewählt. Im russischen Bürgerkrieg nach dem ersten Weltkrieg wird er Bataillonskommandeur, später folgt die Berufung in den Generalstab. 1942 spielt er mit seinem Korps eine wichtige Rolle, als er den Zusammenschluß der beiden deutschen Heeresgruppen von Manstein und Paulus erfolgreich verhindert und damit wesentlich zum Sieg von Stalingrad beiträgt. 1944 wird er Marschall der Sowjetunion. Nach Kriegsende erhält er den Oberbefehl über die Truppen im Fernen Osten. Seit 1926 erst gehört er der Kommunistischen Partei an. Seinen neuen Posten dürfte Malinowski nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken haben, daß der damalige politische Kommissar des Verbandes, den Malinowski bei Stalingrad befehligte, Nikita Chruschtschow hieß...

Der Weg zum Wohlstand

Prof. Erhard warnt vor Gruppenegoismus

Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik in den kommenden vier Jahren sei es, die günstige Konjunktorentwicklung zu erhalten und zu sichern, ohne die Stabilität der Währung zu gefährden, erklärte Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Erhard in einem Rundfunkinterview. Dies sei aber nur bei Überwindung des Gruppenegoismus möglich.

Prof. Erhard erklärte u. a.:

„Unser Ziel, Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung bei gleichzeitig stabilen Preisen aufrechtzuerhalten, ist zu gewährleisten möglich, aber das eben nur dann, wenn in allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Einsicht und das Verantwortungsbewußtsein lebendig bleiben, daß, wie in jedem privaten Haushalt, so auch in der Volkswirtschaft, die Beteiligten nicht mehr verbrauchen wollen als sie verdienen bzw. erzeugen.

Auch das ist ja keine Lösung, daß jeder zu Lasten anderer Nutznießer sein möchte, denn nichts ist so unfruchtbar als der Hader um die Portion. Es wäre törricht tragisch, wenn ausgerechnet das deutsche Volk, das sich aus Not und Hunger durch harte Arbeit befreite, dem Wahn erliegen würde, als ob es andere Mittel zum Mehrwohlstand und bessere Lebensführung geben könnte.

Noch viele Aufgaben

Aus diesem Grunde steht uns auch eine Rekordsucht, immer weniger arbeiten zu wollen, schlecht an; und das um so mehr, als wir neben dem Streben nach einer besseren Gestaltung unseres individuellen Lebens gerade auch als Volk noch Aufgaben genug zu bewältigen haben, deren glückliches Vollbringen Arbeit und Opfer verlangt. Der Ausbau unseres Erziehungs- und Bildungswesens, der Bau neuer und besserer Straßen, unsere Verantwortung, unterentwickelten Ländern und notleidenden Völkern beim Aufbau ihrer Wirtschaft zu helfen, und noch vieles andere mehr machen es not-

Neuer Chef des SSD

Die Leitung des sowjetzonalen „Staats-sicherheitsdienst“ hat gewechselt: Zum Nachfolger des wegen Erkrankung ausscheidenden Ministers für Staatssicherheit, Wollweber, wurde dessen Staatssekretär, der 52jährige Erich Mielke, bestimmt.

Erich Mielke hat als jüngste größere Amtshandlung die Geldumtausch-Aktion durchgeführt. Mielke ist bewährtes Mitglied der inneren Parteiführung und hat besonders in der Ausführung von Terror-Akten Erfahrung. Seit 1931 ist ein heute noch gültiger Haftbefehl gegen ihn verhängt, nachdem er damals in Berlin auf Befehl der Partei den Polizeihauptmann Anlauf und den Oberwachmeister Willig erschoss. Mielke floh darauf in die Sowjetunion.

Nach 1945 organisierte Mielke die Polizei in der Zone, 1950 wurde er Staatssekretär. Er ist Mitglied des Zentralkomitees der SED und Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ in Gold. Mielke wird ein linientreuer Nachfolger von Wollweber werden.

wendig, daß wir solchen Zielen und Zwecken einen Teil unserer gesellschaftlichen Arbeit zuwenden.

Aber das heißt eben auch, daß nicht jeder nur an sich denken kann und darf. Damit ist die Sache nicht getan, daß jeder einzelne, und vor allem die verschiedenen Gruppen, ein Lippenbekenntnis ablegen, wie sehr ihnen die Stabilität am Herzen liegt und selbstverständlich auch der Regierung den Auftrag erteilen, für jene Stabilität Sorge zu tragen, dann aber, d. h. bei den eigenen Entscheidungen und im eigenen Verhalten, das nach außen feierlich proklamierte Prinzip größtlich mißachten.

Der Kanzler hatte schon recht, wenn er in solchem Zusammenhang die Sozial- und Tarifpartner mahnte (bei der Gestaltung von Lohn- und Arbeitszeitfragen die Grenzen im Bereich des wirtschaftlich Tragbaren zu wahren), und es ist darum gewiß auch kein Zufall, daß man nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern immer wieder die Frage stellt, ob die von den Partnern jeweils vorgebrachten Argumente und Behauptungen nicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft und so die Auseinandersetzungen versachlicht werden könnten. Der Erfolg solcher Bemühungen ist bis jetzt nicht eben groß, aber das liegt meines Erachtens nach nicht an der Unmöglichkeit, die Wahrheit zu finden, sondern an der mangelnden Bereitschaft, die Wahrheit anzuerkennen. Weil es hier um das Wohl und die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft unseres ganzen deutschen Volkes geht, muß dieses Problem auch in aller Öffentlichkeit dargestellt und behandelt werden.

Von einer glücklichen Lösung dieser Frage hängt es in erster Linie, ja, fast ausschließlich ab, ob wir uns weiterhin einer blühenden Wirtschaft bei stabilen Preisen erfreuen dürfen, oder ob wir die Stabilität als oberstes Prinzip mit einem Absinken der wirtschaftlichen und sozialen Leistung erkaufen müssen.“

An der Verantwortung teilhaben

Der Wille der Bundesregierung, zu einer immer breiteren Einkommensstreuung zu gelangen, soll neben dem individuellen Wert und Nutzen, den Eigentum verleiht, vor allem auch dahin wirken und dazu dienen, immer mehr Menschen bewußt an der Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes teilhaben zu lassen. Nur wer in den Tag und in die Welt hineinlebt, wird stumpf für die Aufgaben, die uns alle angehen. Das ist der Boden, auf dem soziale Zwietracht und Klassenhaß gedeihen. Ein Volk aber, das durch Arbeit zu Wohlstand und über Wohlstand zu Eigentum, Sicherheit und Verantwortungsbewußtsein gelangt, wird ein neues und glücklicheres gesellschaftspolitisches Gepräge finden.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde!

Am 7. November vor 40 Jahren putschte die bolschewistische Partei unter Lenins Führung in Petersburg, das heute Leningrad heißt. Dieser Tag blutigen Terrors ist der wahre Geburtstag der Sowjetunion. Er hat die Welt verändert. Der militante Kommunismus hat den Anspruch auf Welt-eroberung zum Leitgedanken seiner Politik gemacht. Mit diesem Anspruch trug er die Unsicherheit in die Beziehungen zwischen den Staaten, an der wir heute krankem.

Die Alten unter Ihnen haben die ganzen vierzig Jahre sowjetischer Geschichte miterlebt und wissen, wie ahnungslos die übrige Welt den Brandherd betrachtet und bewertet hat, der in dem revolutionsdurchtobten Petersburg ausgebrochen war. Kaum sechs Jahre des Wirkens als Diktator standen Lenin zur Verfügung. In dieser knappen Spanne legte er in genialer Erkenntnis und unter Ausnutzung der Neigung des russischen Volkes zu kollektivem Leben und Dulden die Grundlage der kommunistischen Herrschaft. Die Menschen der westlichen Welt und vor allem wir Deutschen, denen das Schicksal den Eisernen Vorhang mitten durch unser Land auferlegt hat, tun gut daran, uns immer Entstehung und Werdegang des Sowjetsystems vor Augen zu halten — auch wenn nicht gerade der Jahrestag eines neuen Dezenniums den Anlaß dazu bietet.

Dabei ist allerdings ein Tag aus dem Januar 1918 weit mehr dazu angeht, uns nachdenklich und wachsam zu stimmen als der Tag des Petersberger Putsches. Es ist der Tag, an dem die bolschewistische Minderheit die aus freien demokratischen Wahlen — den einzigen, die Rußland je erlebt hat — hervorgegangene Allrussische Verfassunggebende Versammlung auseinander jagte, in der die gemäßigten sozialistischen Parteien die Mehrheit hatten.

Angesichts dieses ersten, sehr eingänglichen Exempels bleibt es schwer verständlich, daß in der Folgezeit immer wieder Mehrheiten der Linken, die zudem kluge Leute an der Spitze hatten, dem gleichen Schicksal verfielen, weil sie zu weich waren gegenüber der kommunistischen Taktik und weil sie den Sirenentönen von der friedlichen Koexistenz nur zu gerne Glauben schenkten. Es genügt nicht, davon zu sprechen, daß man die Freiheit will, man muß auch bereit sein, sie zu verteidigen und zwar nicht nur mit Worten und mit Papier. Das ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis, die man aus der Betrachtung der vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft gewinnen kann. Es ist eine unserer vornehmlichsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß sie nie in Vergessenheit gerät.

Ihr Bruno Heck

„Verstaatlichung hilft nicht“

Umfrage einer Schweizer Gewerkschaft unter den Mitgliedern

1203 Metallarbeiter der Schweiz wurden bei einer Repräsentativerhebung u. a. gefragt: „Glauben Sie, daß dem Metallarbeiter mit der Verstaatlichung der Industrie geholfen wäre?“ Die Untersuchung erfolgte im Auftrage des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes Bern, also einer Gewerkschaft.

Das Ergebnis dieser Befragung ist bemerkenswert: 81 v. H. der Befragten lehnten eine Verstaatlichung der Industrie ab, nur 10 v. H. befürworteten die Verstaatlichung als Mittel zur Besserstellung des Arbeiters. Der Anteil der Befürworter erhöhte sich nur bei den über 60jährigen auf 14 v. H.

Arbeit für 19 Millionen

Im Bundesgebiet wurden am 30. September 18 966 000 beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte gezählt. Damit hat sich nach einer Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer seit September 1948 um 40,9 v. H. erhöht.

Von denen, die eine Verstaatlichung forderten, gaben 38 v. H. als Begründung an, sie glaubten an Steigerungen der Löhne in diesem Fall, nur 4 v. H. von ihnen nannten die politische Überzeugung als Grund.

Die große Zahl der die Verstaatlichung ablehnenden Stimmen dürfte sich im wesentlichen gerade aus der Erkenntnis ergeben, daß die Verstaatlichung nicht zur Erhöhung des Lebensstandards und damit Steigerung der Löhne führen würde. Dafür liegen reiche und unerfreuliche Erfahrungen aus England, Frankreich und Skandinavien vor. Dort hat die Verstaatlichung bisher zu Lohnerhöhungen mit anschließender inflationärer Entwicklung geführt. Mit anderen Worten der Reallohn sank.

Weshalb Mellies zurücktrat

Folgerungen der SPD aus der Wahl vom 15. September

Die Auseinandersetzungen in der SPD über die Ursachen der Wahlniederlage und die daraus sich ergebenden Folgerungen haben zunächst zu einem Umbau im Vorstand der Bundestagsfraktion geführt. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Erich Ollenhauer wiedergewählt. Carlo Schmid, Herbert Wehner und Fritz Erler wurden stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Der als Repräsentant der Funktionärsgruppe geltende bisherige Stellvertreter Ollenhauers, Wilhelm Mellies, wurde nicht mehr wiedergewählt. Mellies erklärte daraufhin wenige Tage später, er werde auch nicht mehr für das Amt des 2. Parteivorsitzenden kandidieren. Zur Wahl des Fraktionsvorsitzenden schreibt das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“, mit der Wahl der drei neuen Stellvertreter habe die große Mehrheit der Fraktion den ... in der Parteimitgliedschaft lautgewordenen Aktivierungswünschen entsprochen.

Als eine Antwort auf das Ergebnis der Fraktionswahl sind die Ausführungen von Wilhelm Mellies im SPD-Presse-dienst zu werten:

„Deutlich sind in der Diskussion Bestrebungen zu bemerken, die die Partei von der politischen Willensbildung möglichst ausschalten möchten. Die politische Willensbildung soll offenbar möglichst auf die Bundestagsfraktion verlegt werden. Die Partei wäre dann praktisch nur noch ein technischer Apparat. Vor einer solchen Entwicklung kann nicht dringend genug gewarnt werden. Sie würde die Zerstörung der Partei in absehbarer Zeit bedeuten.“

Weiter sagt Mellies, daß eine Organisation nicht Selbstzweck sein könne. Politische Entscheidungen könne man nicht

durch organisatorische Maßnahmen lösen. Abschließend heißt es:

„Nur dem Irrtum sollte man sich nicht hingeben, daß man mit solchen organisatorischen Maßnahmen in erheblichem Umfang Wählerstimmen gewinnt.“

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gehen inzwischen weiter und lassen die tatsächlich bestehenden Gegensätze deutlich werden. Der Bremer SPD-Wirtschaftssenator Hermann Wolters hat in einem Beitrag im „Vorwärts“ (1. November 1957) das mangelnde Profil der Außenpolitik kritisiert. Als besondere Schwäche im Programm wird die Wirtschaftskonzeption genannt:

„Ich meine vor allem unsere unklare Stellung zur Sozialisierung, die ganz deutlich den Stempel des Kompromisses zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb unserer Partei getragen hat. Einmal ist es töricht, das Bestehen verschiedener Richtungen in Einzelfragen bestreiten zu wollen. Zum anderen sei den Konservativen in unserer Partei gesagt, daß uns auch noch die ‚abgeschwächte‘ Sozialisierungsidee ganz erhebliche Stimmen gekostet hat, darunter auch Arbeiterstimmen. Offensichtlich die Stimmen all derer, die vorwärts gekommen sind, im besten Sinne des Wortes selbst Bürger werden möchten und mit Sozialisierungsexperimenten das Gespenst einer unsicheren Zukunft aufsteigen sahen.“

Wolters weist dann auf die „Grenzen unserer Elastizität“ hin, wie sie von Gewissen und Überzeugung gezogen sei, auf „unverzichtbare Postulate, die auch bei mangelhaftem Echo in der Wählerschaft nicht aufgegeben werden können und sollen“. Daher sind „bisher nur bei einem Teil der Wähler die Wandlungen der SPD gegenüber der Zeit von 1933 deutlich geworden. Sie werden uns noch nicht überall abgenommen.“

Zur Führungsfrage heißt es:

„Wer an der Wahlniederlage bestimmt keine Schuld hat, ist Erich Ollenhauer selbst. Schuld können nur wir haben, die wir ihn an die Stelle des Kanzler-Partners gesetzt haben. Vorweg eine zweite Erkenntnis, welche vor jeder Debatte über die Personenfrage geklärt werden muß: Es kommt nicht darauf an, wie objektiv gut Erich Ollenhauer ist. Es kommt in solchen Wahlschlachten vielmehr darauf an, für wie gut die Wähler Erich Ollenhauer halten. . . . Leider strahlt dieser so sehr befähigte und verdiente Mann nicht jene Faszinationskraft aus, die die Voraussetzung für Massensuggestion und Massenerfolg ist. . . . Unser Fehler hat darin bestanden, daß wir aus dem Wahlkampf 1953 wußten, daß Ollenhauer sie nicht hat und wir dennoch für den Wahlkampf 1957 daraus nicht die Konsequenzen gezogen haben. . . .“

Es ist eine müßige Debatte, hier zu sagen, auch mit einem anderen Repräsentanten hätten wir Adenauer nicht geschlagen. Diese Behauptung ist ebenso wenig zu beweisen wie das Gegenteil. Auf alle Fälle ist sicher, daß wir den Wahlkampf mit einem zugkräftigeren Repräsentanten zu einem besseren Ergebnis gebracht hätten.“

Auch aus Hamburg kommen ähnliche Töne. Max Brauer hält es in einem Interview mit der „Neuen Rhein-Zeitung“ vom 25. Oktober für falsch, etwa nur organisatorische Folgerungen aus der Bundestagswahl zu ziehen:

„Was wir in Hamburg getan haben (nämlich ein Team Brauer, Nevermann, Schönfelder herauszustellen), wäre auch im Bund richtig gewesen. Man muß die geistige Spannweite unserer Partei sichtbar machen.“

Ganz offen hat die Verkehrtheit der politischen Linie, vor allem in der Verteidigungsfrage, als Ursache der Wahlniederlage der SPD-Abgeordnete Wenzel Jaksch kritisiert. Er hat neuerdings seine Argumente in einem Aufsatz im „Berner Tagblatt“ vom 24. Oktober 1957 noch einmal aufgegriffen.

„Solange die Doppelzüngigkeit der russischen Deutschland-Politik andauert, kann sich die deutsche Sozialdemokratie dem Anlehnungsbedürfnis des deutschen Volkes an den Westen nicht entziehen. Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht ist von der Wählerschaft verworfen worden. Was zur Verteidigung der Freiheit notwendig ist, muß von der Sozialdemokratie der Bundesrepublik genauso gefördert werden wie von ihren Bruderparteien in Schweden, Norwegen, Dänemark oder Österreich.“

Folgerungen aus der Isolierung

Mellies rechnet für 1961 mit Zweiparteiensystem

„Die entscheidenden Fragen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ hieß eine Artikelserie, die der bisherige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Mellies, im SPD-Pressedienst veröffentlichte. Mellies, der als Sprecher der Parteiorganisation gilt, zeigt darin die Wege auf, die die SPD nach Ansicht der Parteizentrale gehen muß, um bei den nächsten Wahlen erfolgreicher zu sein.

Obwohl die Stellung von Mellies selbst wohl erschüttert ist, darf man annehmen, daß die von ihm entwickelten Grundsätze in der künftigen Taktik der Parteiorganisation ihren Niederschlag finden werden.

Mellies schreibt u. a.:

„... Bisher konnten wir uns mit der Forderung begnügen, die stärkste Partei zu werden, um zu versuchen, mit anderen Fraktionen eine Koalitionsregierung zu bilden. Das wäre bei 36 oder 38 Prozent der Stimmen möglich gewesen. Nach der letzten Bundestagswahl hat sich diese Situation grundlegend geändert.

Der Zug zum Zweiparteiensystem hat sich in einem solchen Maße verstärkt, daß wir für die Bundestagswahl 1961 mit diesem Zweiparteiensystem rechnen müssen. Das bedeutet, daß es keine Koalitionsmöglichkeiten mehr gibt und daß die Partei vor der Notwendigkeit steht, alle Anstrengungen zu machen, um die Mehrheit zu erreichen.

Um das zu erreichen, müssen wir Millionen von Menschen ansprechen, die von den besten personellen und organisatorischen Maßnahmen in der Partei keine Kenntnis nehmen werden. Wir müssen Menschen gewinnen, deren Ohr wir bisher nicht einmal erreichten, weil sie es ablehnten, von den Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei überhaupt Kenntnis zu nehmen.

1953 — „zu früh“

Wenn wir zu dem notwendigen Erfolg kommen wollen, müssen wir uns ernsthaft bemühen, mit den Kirchen in ein erträgliches, ja, in ein gutes Verhältnis zu kommen. Ich habe bereits zu Beginn des Jahres 1953 den Parteivorstand auf diese entscheidende Frage hingewiesen und praktische Vorschläge unterbreitet. Damals war man der Ansicht, die Erörterung dieser Dinge sei zu früh. Aber man muß sich jetzt erneut sehr ernsthaft damit befassen.

An einem guten Einvernehmen zwischen Kirchen und der Sozialdemokratie haben nicht nur wir in der gegenwärtigen Situation ein besonderes Interesse. Auch für die Kirchen ist diese Frage durch das Zweiparteiensystem ganz neu gestellt. Es wäre für die Kirchen verhängnisvoll, wenn in der Demokratie mit dem Zweiparteiensystem für den Gläubigen die Entscheidungsfreiheit zwischen diesen Parteien nicht gegeben wäre. Auf die Dauer gesehen würde ein solcher Zustand wahrscheinlich sogar der Kirche mehr schaden als der politischen Partei.

Wenig Erfolg bei Angestellten

Bei den getrennten Abstimmungen in Braunschweig und in Köln hat sich gezeigt, daß die Frauen den Ausschlag zugunsten der CDU gaben. Diese Stellung-

nahme der Frauen liegt zum erheblichen Teil begründet in der bisherigen Auseinandersetzung zwischen den Kirchen und der Partei. Dazu kommt, daß die Frau wahrscheinlich viel mehr angesprochen wird von den Kräften, die vorgeben, das Bestehende zu erhalten und zu bewahren, als von den Kräften, die darauf hinweisen, daß gerade im Interesse der Familie und der Jugend Forderungen von morgen und übermorgen nicht überhört werden dürfen, wenn eine friedliche Entwicklung nach außen und im Innern gesichert werden soll.

Die Behauptung der CDU, daß ihr in starkem Maße der Einbruch in die Arbeiterschaft gelungen sei, ist sicher mehr ein frommer Wunsch als eine nachgewiesene Tatsache. Bei den Angestellten haben wir dagegen bisher verhältnismäßig wenig Erfolg gehabt. Es ist uns nicht gelungen, die Angestellten mit ihren besonderen Anliegen anzusprechen. Auch hier erwachsen uns in naher Zukunft besondere Aufgaben.

Der Behauptung, der CDU sei der Einbruch in die Arbeiterschaft nicht gelun-

gen, stehen allerdings die Äußerungen von prominenten SPD-Mitgliedern entgegen. So schreibt der verantwortliche Redakteur der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“, Bundestagsabgeordneter Ulrich Lohmar, in der „Freien Presse“, Bielefeld: Die Gruppe „der sogenannten weichen Wähler, die sich bei keiner bestimmten Partei zu Hause fühlen,“ müsse stärker angesprochen werden:

„Für die SPD interessant ist die Tatsache, daß offenbar heute ein wesentlicher Teil der Industriearbeiterschaft in diese Gruppe der weichen Wähler hinübergewechselt ist, so daß die Hauptmacht der Sozialdemokraten ein wenig bedroht erscheint ... Die Sozialdemokraten sollten aus der Zunahme der weichen Wähler klar erkennbar die Konsequenz ziehen, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln ... Gemeint ist damit der Aufbau einer sozialdemokratischen Politik auf einige wenige wesentliche und im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung bleibende Gruppen: Vor allem die industrielle Arbeiterschaft im weitesten Sinne, die Landwirtschaft und die Intelligenz.“

In der „Westfälischen Rundschau“ (22. Oktober) wird über die Ausführungen des Bundestagsabgeordneten Johannes Heide in einer SPD-Ortsversammlung in Arnsberg berichtet. Heide hat danach u. a. erklärt:

„Leider sei es nicht zu leugnen, daß auch ein großer Teil der Arbeiterschaft auf die Parole der CDU hereingefallen sei, daß eine sozialdemokratische Regierung das Fundament ihres mühsam gewonnenen Lebensstandards erschüttern werde.“

Polens Zensur schlug zu

Mit „Po Prostu“ verschwanden zahlreiche andere Zeitungen

Mit der führend an der politischen Änderungsbewegung in Polen beteiligten Studentenzeitung „Po Prostu“ sind eine ganze Anzahl weiterer Zeitungen, wie sie vor allem in der Provinz und in den Oder-Neiße-Gebieten erschienen, der immer strenger werdenden Zensur zum Opfer gefallen.

In der „Tauwetterperiode“ waren diese Blätter überall wie Pilze aus dem Boden geschossen. Sie hatten übrigens bald den Unwillen der SED-Machthaber in der Sowjetzone erregt und verschwanden dort schnell aus den Kiosken und Buchhandlungen. In Oberschlesien erschien z. B. die Wochenzeitung „Przemiany“ („Wandlungen“), großformatig und reich illustriert. Fast in jeder Nummer wurde — im Gegensatz zur Parteipresse — auf Sorgen und Probleme auch des bodenständigen Deutschtums im Sinne einer verständnisvollen Minderheitenpolitik eingegangen. Kurz vor dem Verbot erschien am 6. Oktober ein letzter Artikel „Kompliziert ist das Schicksal unserer Menschen in Schlesien“.

Am 7. Oktober kündigte die Redaktion der Breslauer Zeitung „Nowe Sygnały“ an, sie werde ihr Erscheinen einstellen. Andere folgten. Für die noch verbliebenen Zeitungen gilt die vom Zentralkomitee der polnischen KP herausgegebene Weisung, in der es heißt: „Fehler der Vergangenheit und Mißstände der Gegenwart sind nicht mehr in der bisheri-

gen Weise öffentlich zu behandeln. Die großen Zukunftsperspektiven des Landes im allgemeinen und der Westgebiete im besonderen sind deutlich herauszustellen. Redakteure, die sich nicht an diese Richtlinien halten, haben mit ihrer Ablösung zu rechnen. Blätter mit anti-sozialistischer Tendenz sind unnachdsichtig zur Rechenschaft zu ziehen.“

KURZ - ABER WICHTIG

Die Getreideernte in der Bundesrepublik wird die größte in der Nachkriegszeit sein. Das Statistische Bundesamt schätzt die diesjährige Getreideernte auf 13,3 Millionen Tonnen.

Die Waldfläche in der Bundesrepublik beläuft sich nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes auf 75 Millionen Hektar, das sind über 12 000 Hektar mehr als im Jahre 1956.

Die Zone wirbt im Westen

Arbeitskräfte sollen hinübergelockt werden

In der Bundesrepublik bestehen heute etwa 35 000 Stützpunkte der von der sowjetzonalen SED gelenkten Organisationen. Nach neuen Beschlüssen des Zentralkomitees der SED soll die „Westarbeit“ der mitteldeutschen Kommunisten in der Bundesrepublik nun mit allen Kräften verstärkt werden.

Ziel ist keineswegs nur die politische und propagandistische Durchdringung Westdeutschlands. Vielmehr gilt es, für die sowjetzonalen Machthaber auch eine sehr handfeste Aufgabe zu erfüllen: Arbeitskräfte sollen aus der Bundesrepublik in die Zone abgeworben werden.

Der Nachwuchs wird auf dem Arbeitsmarkt der Sowjetzone immer knapper. 1950 verließen noch 322 000 Jungen und Mädchen die Schulen, 1955 waren es nur noch 298 000 und 1960 werden es nur noch 167 000 sein. Aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik flüchten monatlich mindestens 20 000 Menschen, von denen die meisten im arbeitsfähigen Alter sind und also der Produktion der Zone verloren gehen.

Unter diesen Umständen wird die Frage, in der Planwirtschaft des kommunistischen mitteldeutschen Staates genügend Arbeitskräfte zu haben, zu einem entscheidenden Problem für die Machthaber der SED. Die Abwerbung von Arbeitskräften, vor allem Jugendlichen, aus der Bundesrepublik ist deshalb mehr und mehr eine der Hauptaufgaben der „Westarbeit“ der mitteldeutschen Kommunisten.

„Frohe Ferien für alle Kinder“

Getreu dem Grundsatz, mit der Beeinflussung schon im Kindesalter zu beginnen, hat Ulbricht die in jedem Sommer in der Bundesrepublik anlaufende Aktion „Frohe Ferien für alle Kinder“ in den Dienst der Abwerbung gestellt. Die Werbemaßnahmen werden planmäßig auf die 12—14jährigen Jugendlichen konzentriert. Die Ferienlager stehen in Verbindung mit „volkseigenen“ Betrieben. In diesem Jahr sind immerhin 60 000 westdeutsche Kinder in diese politischen Erholungs-lager der Zone gekommen.

In welcher Weise dort Einfluß ausgeübt wird, wird aus der Betriebszeitung „Das Schwungrad“ des „volkseigenen“ Schwermaschinenbau-Betriebes „Heinrich Rau“ deutlich. In Nr. 29 vom 26. Juli 1956 hieß es dort zum Abschluß der Ferienaktion 1956: „Zum Abschied übergaben die Wilhelmshavener Kinder einen Brief an die Belegschaft unseres Werkes: „Da wir mit Kindern der DDR zusammengekommen sind, haben wir unsere Meinungen getauscht. Wir erfahren, daß das, was Ihr Euch erarbeitet, all Euer Hab und Gut ist. Das ist bei uns natürlich nicht so. Da arbeiten unsere Väter für die Kapitalisten ...“

Hier werden bereits in die Kinder falsche Vorstellungen gepflanzt, die sie unter dem Einfluß einer auch nach der Rückkehr nach Westdeutschland anhaltenden Propaganda — man hat ja ihre Adressen! — später als Jungarbeiter veranlassen sollen, in die Sowjetzone abzuwandern.

Ebenso dienen die unter dem Einfluß der verbotenen KPD immer häufiger zu-

sammengestellten „Besucherdelegationen“ westdeutscher Arbeiter dazu, während des von der ersten bis zur letzten Minute gelenkten Aufenthaltes in der Zone Illusionen über die sozialen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse in Mitteldeutschland zu wecken mit dem Ziel, Arbeiter zur Abwanderung nach Osten zu gewinnen.

Aus der Bundesrepublik waren nach kommunistischen Angaben im Jahre 1956 150 000 Arbeiter und Angestellte in kommunistisch gelenkten Delegationen zum Besuch in der Zone.

Keine Pläne für Ingenieurschulen

Hessen erhielt 2 Mill. DM vom Bund - CDU wünscht Klarheit

Die Sozialdemokratie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, auf die Notwendigkeit einer verstärkten Ingenieurausbildung hinzuweisen. In auffallendem Gegensatz dazu steht das Verhalten der von der SPD getragenen hessischen Landesregierung. Vor fast zwei Jahren ergriff die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag die Initiative, um eine grundlegende Besserung der Zustände im hessischen Ingenieurschulwesen herbeizuführen.

Bei der Begründung des CDU-Antrages im Hessischen Landtag sprach die Abgeordnete Frau Dr. Strecker von dem „ausgesprochen musealen Charakter“ der technischen Ausstattung einiger hessischen Ingenieurschulen. Dem Staat sei hier eine wichtige Aufgabe gestellt.

Die CDU Hessen hat nunmehr darauf hingewiesen, daß das Wiesbadener Kultusministerium trotz des damaligen Vorstoßes der CDU bis heute nicht einmal

Pläne für einen Ausbau der Ingenieurschulen aufgestellt habe, obwohl auf Betreiben der CDU knapp zwei Millionen DM Bundesmittel für den Ausbau der Ingenieurschulen in Hessen bereitgestellt wurden.

Die CDU-Fraktion beantragt, daß für Modernisierung einzelner Ingenieurschulen Termine festgelegt und eine Aufstellung über die Verwendung der Bundesmittel gegeben wird.

Wille zur Verteidigung

Der Oberbefehlshaber der dänischen Streitkräfte, Admiral Qvistgaard, hat im dänischen Fernsehen zum ersten Male die Ansichten der militärischen Führung über die Ausgestaltung der dänischen Landesverteidigung öffentlich dargelegt. Er vertrat dabei entschieden den Standpunkt, daß diese mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden müßte. Dadurch aber würden die konventionell ausgerüsteten Verbände keineswegs überflüssig, um so weniger, als diese einen Teil des Schildes der NATO-Streitkräfte bildeten, die Westeuropa davor schützen sollten, überrannt zu werden.

Auch der Chef des norwegischen Verteidigungsstabes, Generalleutnant Finn Oen hat sich dafür eingesetzt, daß die norwegische Wehrmacht mit taktischen Atomwaffen zu Verteidigungszwecken ausgerüstet wird. Es müsse ein entschiedener Wille vorhanden sein, sich mit allen Mitteln zu verteidigen. Halbheiten

auf diesem Gebiet könnten bei einem Gegner nicht den erforderlichen Respekt hervorrufen und lösten nicht das Sicherheitsproblem.

Die Kartoffeln von Smolensk

Der Sender der russischen Stadt Smolensk berichtet erbittert, daß im Gebiet von Smolensk die Kartoffelernte nur zu 30 v. H. eingebracht worden sei, weil die an den Kolchosen und Staatsgütern völlig uninteressierten Bauern auch von den Parteifunktionären nicht veranlaßt werden konnten, sich mit ganzer Kraft für die Ernte auf den ihnen nicht gehörenden Feldern einzusetzen. Statt dessen hätten die Kolchosbauern — so erklärt Radio Smolensk wütend — auf ihren eigenen Parzellen, deren Erträge sie z. T. auf dem freien Markt zum eigenen Vorteil verkaufen können, gearbeitet.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Das müssen Sie wissen

VERTRIEBENENAUSSCHUSS TAGT

Der Bundesvertriebenen Ausschuss der CDU wird Anfang November zu einer ersten Tagung nach den Bundestagswahlen zusammentreffen. Im Vordergrund werden Beratungen über eine 9. Novelle zum Lastenausgleich und eine 2. Novelle zum Bundesvertriebengesetz stehen.

1,4 MILLIONEN DEUTSCHE IN POLEN

Nach vorliegenden Schätzungen befinden sich noch 1,4 Millionen Deutsche in Polen. Seit 1950 kamen rund 133 000 Menschen in das Bundesgebiet, davon allein 73 600 in diesem Jahr. Es wird damit gerechnet, daß die Aussiedlung aus Polen in gleichem Umfang wie bisher auch im nächsten Jahr weiterläuft.

Gesamterhebung über die Zone

Die ersten Maßnahmen wurden beraten

Im Zusammenhang mit einer von Bundeskanzler Dr. Adenauer gegebenen Zusage zur Unterstützung einer Gesamterhebung für die sowjetische Besatzungszone sind zwischen dem CDU/CSU-Arbeitskreis im Bundestag für Vertriebene und Minister Prof. Oberländer erste Maßnahmen beraten.

Ziel dieser Gesamterhebung ist es, die nach und nach durch sowjetische Behörden vernichteten Unterlagen in den Gemeinden durch im Bundesgebiet zusammengestellte Aktenunterlagen zu ersetzen. Besonders für landwirtschaftliche Betriebe, kleinere Fabrikbesitzer, Haus- und Grundbesitzer usw. dürfte eine sol-

che Erhebung von großer Bedeutung sein. Die organisatorische Durchführung dieser Erhebung, die vom Bund mit finanziellen Mitteln unterstützt werden müßte, soll ähnlich der Organisation aufgebaut werden, auf die sich die Heimatauskunftsstellen für die Vertriebenen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße stützen.

890 000 Menschen zogen um

Umsiedlungsprogramm zu erheblichem Teil abgewickelt

Auf Grund der Umsiedlungsprogramme der Bundesregierung, durch die Flüchtlinge aus den überbelegten Gebieten in Gebiete gebracht werden, wo sie Arbeit und Wohnung finden können, sind im Gebiet der Bundesrepublik insgesamt 1 050 000 Menschen umzusiedeln.

Bis zum 30. September 1957 wurden bereits 889 827 Menschen in für sie günstigere Gebiete der Bundesrepublik gebracht. Damit ist das große Umsiedlungsprogramm der Bundesregierung schon zu 84,7 v. H. erfolgreich durchgeführt. Von dem Umgesiedelten haben bisher aufgenommen: Hamburg 46 207; Bremen 12 154;

Abseits der Hauptstraße

Im Sudetenland: „Es war falsch, die Deutschen auszutreiben“

Den trostlosen Eindruck in einem Dorf des Sudetenlandes schildert ein Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, den das Blatt am 27. Oktober 1957 veröffentlichte. Er habe dieses Dorf besucht, schreibt der Korrespondent, weil man ihm den Rat gegeben habe, von der Hauptstraße wegzugehen, wenn er über den tatsächlichen Stand unterrichtet sein wolle.

In dem Bericht heißt es u. a.:

„Ein schlecht erhaltenes Sträßchen führte durch den Wald hinauf in die Höhe, wo alsbald zwischen Wiesen und Bäumen die Spitze eines Kirchturms auftauchte. Nach weiteren hundert Metern bekamen wir auch die Häuser zu sehen. Der Anblick ließ uns erstarren. Das Dorf bot ein Bild völliger Zerstörung. Es war, als hätte erst vor wenigen Tagen der Krieg hier gewütet. Ein großer Teil der Häuser waren nur noch Ruinen, während uns von andern leere Fensterhöhlen, eingebrochene Dächer, herausgerissene Balken und Schutthaufen vor den Türen entgegenstarrten. Eine verwaschene Inschrift an einer Ruinenwand ließ erkennen, daß hier einst das „Gasthaus zur Post“ gestanden hatte.“

In der Gaststube wurde der Korrespondent vom Chef der Maschinenstation, einem Tschechen, freundlich begrüßt:

„Er hatte sich von seiner Fabrik weg für ein Jahr zur Brigadearbeit in das Sudetenland verpflichten müssen und fühlte sich hier recht verlassen. Das Dorf, so erklärte er uns, sei nach dem kommunistischen Umsturz in eine Staatsfarm umgewandelt worden. Dies bedeutet, daß die Neusiedler hier überhaupt kein Eigentum besitzen dürfen, sondern als Arbeiter im Lohnverhältnis tätig sind und nicht einmal, wie dies in den Kollektivgenossenschaften der Fall ist, ein Wohnhaus und einen Hausgarten ihr Eigen nennen können. Die Wohnungen werden ihnen vom Farmleiter zugewiesen.“

Wohnhäuser als Ställe

Auch dieser Tscheche vertrat die Ansicht, daß es falsch war, alle Deutschen ohne Unterschied aus dem Sudetenland auszutreiben. „Wir haben nicht genügend Leute, um diese Gebiete zu besiedeln“, meinte er. Die Tschechen hätten eine seltsame Scheu davor, sich in den ehemals deutschen Gebieten niederzulassen. Die Slowaken, Ungarn und Zigeuner, die man hienhergebracht habe, trachteten nur danach, möglichst viele Sachen aus den leerstehenden Häusern für sich herauszustehlen, um dann bei erster Gelegenheit in ihre alte Heimat zurückzufahren und sich dort mit dem gestohlenen Material ein eigenes Häuschen zu bauen. 1948 sei noch die Hälfte der Häuser bewohnbar gewesen, heute dagegen nur noch ein Drittel. Kriegshandlungen hätten hier keine stattgefunden. Wir blickten in die Runde und bemerkten, daß man einige der leerstehenden Wohnhäuser zu großen Ställen zusammengebaut hatte. Aus einem früheren Stubenfester schaute eine Kuh.“

In den Berufsschulen

Nach einer Statistik über Lehrer und Schüler der berufsbildenden Schulen im Jahre 1955 waren unter der Gesamtzahl der Schüler — rund 2,1 Millionen — rund 405 000 Vertriebene. Das entspricht einem Anteil von 16,1 v. H. Im Lehrkörper waren die Vertriebenen mit 18,3 v. H. das sind 6147 von 27 464 Lehrern, vertreten.

Nordrhein-Westfalen 426 880; Hessen 29 699; Rheinland-Pfalz 120 844 und Baden-Württemberg 254 043 Menschen.

OSTFORSCHUNG

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft will sich in Zukunft auch der Ostforschung widmen. Eine neuzubildende Senatskommission soll vor allem historische, wirtschaftliche und geographische Fragen des Ostens behandeln. Besondere Aufgabe der Kommission soll es sein, den wissenschaftlichen Nachwuchs für Fragen der Ostforschung zu interessieren.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestr. 2, Tel. 5 19 15/19 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands, Bonn, Argelderstr. 173, Tel. 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postscheck-Konto Köln 36 531, Bankverein Westdeutschland, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Der Fall Rykow

Wenn Chruschtschow so wie Stalin handelt . . .

Die Ansprüche an das sowjetische Geschehen sind mancherorts sehr bescheiden geworden. Die Tatsache, daß Marschall Schukow nicht erschossen worden ist, sondern nur abgesetzt wurde, erfüllt manche Leute mit größter Befriedigung und tiefem Vertrauen in die unaufhaltsame Besserung der Verhältnisse in der Sowjetunion.

Dabei sollte man aber doch einige geschichtliche Parallelen nicht übersehen. Auch bei Stalin fing alles so harmlos an. Trotzki wurde 1929 aus dem Lande verwiesen. 1940 erschöß ihn dann einer von Stalins Häschern in Mexiko. 1929 konnte Stalin es sich noch nicht leisten, seinen gefährlichsten Gegner einfach umzubringen. Also wurde Trotzki ausgewiesen.

Ein Fall, der in geradezu grotesker Weise an den von Chruschtschow verdrängten Malenkow erinnert, ist der des früheren sowjetischen Ministerpräsidenten Rykow. Er war von 1924 bis 1929 „Vorsitzender des Rates der Volkskommissare“, also Ministerpräsident. Rykow hatte die gleiche Stellung, die heute Bulganin einnimmt, und die nach Stalins Tod Malenkow innehatte. Rykow wurde 1929 von Stalin abgesetzt, selbstverständlich auf „Beschluß des Politbüros der kommunistischen Partei der Sowjetunion“, genau, wie es 1955 mit Malenkow und am 2. November 1957 mit Schukow geschah. 1930 schloß das Politbüro Rykow aus.

Danach wurde Rykow aber keineswegs erschossen. Vielmehr bekam er das Amt des Post- und Fernmeldeministers („Volkskommissars“) der Sowjetunion. 1936 war dann Stalins Zeit gekommen. Rykow wurde abgesetzt, 1938 mit zwanzig anderen führenden Bolschewisten angeklagt und erschossen.

Auch Stalin hat also zu Beginn seiner Machtperiode keineswegs die Rivalen so

Aus Ulbrichts Reich

GESUNDHEIT. Auf Anregung der Hauptverwaltung Braunkohle wurden in den Braunkohlengruben. Greifenhain und Freundschaft im Revier Senftenberg Musterbeispiele für einen „Gleisgesundheitstag“ geschaffen, nachdem durch den schlechten Zustand der Schienen Unfälle und Produktionsausfälle entstanden. Die Anregung für einen „Gleisgesundheitstag“ gab man „aufbauend auf Erkenntnissen in den Tagebauen Korkinow und Karpinsk (Mittelural)“.

STATISTIK. Aus der Berechnung der sowjetzonalen Statistiker für 550 Waren ergibt sich, daß die Einzelhandelspreise in der Zone zur Zeit fast dreimal so hoch sind wie vor dem Kriege, und zwar im Durchschnitt der Preise, da Fleisch oder Fett auf Marken billiger abgegeben werden.

SPARWOCHEN. Zum Zeitpunkt der Geldumtauschaktion, die viele Einwohner Mitteldeutschlands um ihre Ersparnisse bange ließ, gab die sowjetzonale Postverwaltung eine Sondermarke mit der Inschrift: „Sparbuch — Sparwochen“ heraus.

beseitigt, wie man es heute unter dem Stichwort „Stalinismus“ meint. Wenn Chruschtschow also seine Rivalen ins ferne Sibirien entsendet statt sie umzubringen, dann erhebt sich die Frage, ob er so sanft bleibt oder eines Tages genauso seinem Lehrer Stalin nachfolgt, wie er es heute schon bei der Entmachtung von Konkurrenten tut.

Es besteht gewiß Aussicht, daß Chruschtschow anders handelt. Denn seit 1938 hat sich einiges geändert. In der Sowjetunion gibt es heute eine beachtliche Intelligenz, mit der man nicht umspringen kann, wie Stalin es damals tat. Die UdSSR zählt heute 6,3 Millionen Menschen mit Hoch- und Fachschulausbildung. Indessen, der Widerstand dieser Intelligenz ist eine Hoffnung, keine Garantie. Aus der jetzigen Sanftmut Chruschtschows schon Schlüsse auf ein „besseres Rußland“ zu ziehen, ist zumindest voreilig.

Fröhlichs Ofenrohre

In der Zone: Der Sozialismus funktioniert nicht

Das völlige Scheitern der Versorgung der Bevölkerung durch Bürokratie und falsche Planung wird aus dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 18. Oktober 1957 deutlich.

Dort heißt es:

„Der Bedarf der Bevölkerung an Ofenrohren kann zur Zeit nicht befriedigt werden. Die Firma Fröhlich in Leipzig hatte im Februar dieses Jahres bei der Industrie- und Handelskammer einen Antrag für die Produktion von 150 Tonnen Ofenrohr zur Registrierung eingereicht.

Am 5. September (!) erhielt die Firma ihren Antrag mit dem Bemerken zurück, die Verträge könnten nicht registriert werden, da kein Material vorhanden sei. Die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Bezirkes nahm sich dieser Sache an und konnte innerhalb von zwei Tagen dem Betrieb zunächst neun Tonnen Material zur Verfügung stellen. Der Antrag hatte monatelang bei der Registrierstelle gelegen, und diese Stelle hatte ihn, ohne mit der Abteilung Handel innerhalb der Kammer in Verbindung zu treten, „auf einfache Art erledigt“. Eine solche Arbeitsweise, die nicht vereinzelt dasteht, trägt natürlich nicht zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung bei.“

Auch die Mißerfolge der Planung, die im Sozialismus an die Stelle des Wirkens von Angebot und Nachfrage, von Käuferwunsch und Verkäuferinteresse

Die Thälmannstraße

In der Gemeinde Merkstein im Landkreis Aachen gibt es eine Thälmannstraße zu Ehren des früheren Kommunistenführers. Die Bewohner der Straße möchten den Straßennamen geändert wissen. Die CDU-Fraktion brachte unter Berufung auf das Ersuchen der Anwohner einen Änderungsantrag ein. Obwohl der gleiche Antrag bereits am 13. September im Hauptausschuß besprochen war, erklärte nunmehr die SPD, der Antrag käme für sie „überraschend“. Die Ablehnung war damals damit begründet, es liege kein „solches Bedürfnis“ für die Straßenumbenennung vor.

Prof. Furler wiedergewählt

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Hans Furler wurde in Rom zum Präsidenten der gemeinsamen Versammlung der Montanunion wiedergewählt. Die gemeinsame Versammlung ist das Parlament der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ und steht neben dem Ministerrat, dem die Wirtschaftsminister der sechs europäischen Montanländer angehören und der Höhen Behörde, der die Verwaltung obliegt. Das Montanparlament soll im kommenden Jahr in dem größeren Parlament aller europäischen Institutionen — Montan-Union, Euratom, Gemeinsamer Markt — aufgehen.

tritt, kann das Blatt nicht mehr verheimlichen:

„Ein weiteres Hemmnis ist die zum Teil noch mangelhafte Zusammenarbeit zwischen dem Groß- und Einzelhandel. Oft ist der Großhandel nicht genügend über den Bedarf unterrichtet. Wenn die Anforderungen vom Einzelhandel an den Großhandel gelangen, ist es vielfach für den Abschluß von Verträgen und damit für eine termin- und saisongerechte Belieferung zu spät.“

Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 26. Oktober bis 1. November 1957 beantragten 5708 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone die Notaufnahme im Bundesgebiet. Darunter befanden sich 1204 alleinstehende Personen unter 24 Jahren. In der Woche zuvor waren 5878 Menschen aus der Sowjetzone nach der Bundesrepublik geflohen.